

Gefährliche Produkte

Fehlerhaftes Klimagerät, Velo mit Mängeln und Mandeln, die Bauchweh auslösen können: eine Auswahl aktueller Rückrufe.

● **Klimagerät:** Das bei Media-Markt erhältliche mobile Klimagerät KAC 3352 der Marke Koenic kann in Brand geraten und Stromschläge erzeugen. Betroffen sind Geräte mit den Nummern 7000008080, 7000008081, 7000008082 und 7000008088. Käufer sollten solche Geräte an den Verkaufsort zurückbringen. Weitere Infos unter Tel. 0800 200 308 und auf MediaMarkt.ch → Rechtliches → Produkterückrufe.

● **Kindertrage:** Bei einer Kinder-Rückentrage von Aldi können sich die Schultergurte lösen. Es besteht deshalb Verletzungsgefahr. Betroffen ist das Modell «Hiking Carrier» mit der Artikelnummer 804707, das seit 29. April 2021 erhältlich war. Kunden können solche Tragen in jeder Aldi-Filiale zurückgeben. Der Kaufpreis wird auch ohne Quittung zurückerstattet.

● **Tauchausrüstung:** Einige Tauchgeräte der Decathlon-Marke Subea können Sauerstoff verlieren. Betroffen sind das Tauchmanometer Finimeter SCD 300 bar mit Hintergrundbeleuchtung, die Tauchkonsole mit Manometer, der Tiefenmesser SCD und das Atemregler-Set SCD 500. Decathlon verkaufte die betroffenen Produkte vom 1. Januar 2020 bis 31. Juli 2021. Weitere Infos unter www.recallswiss.admin.ch.

● **Mandeln:** Nach dem Essen von Erdmandeln der Marke Alnatura (Bild) können Fieber, Erbrechen, Durchfall und Bauchschmerzen auftreten. Grund: Es wurden Salmonellen nachgewiesen. Betroffen sind gemahlene Mandeln in 225-Gramm-Packungen mit Mindesthaltbarkeitsdatum 22.3.2022 und 20.5.2022. Sie waren in Alnatura-Filialen der Migros erhältlich. Infos via E-Mail info@blv.admin.ch oder Tel. 058 463 30 33.



Rückrufliste von EU und OECD: Regelmässig aktualisierte Listen (in Englisch) findet man auf <http://ec.europa.eu/rapex> beziehungsweise <http://globalrecalls.oecd.org>. **Auto-Rückrufe:** Adac.de → Rund ums Fahrzeug → Reparatur, Pflege, Wartung → Rückrufe. **Schweiz:** Das Büro für Konsumentenfragen warnt vor riskanten Produkten: www.recallswiss.admin.ch.

Bundes Im Zweifel gege

Experten kritisieren ein neues Urteil des

Betriebe können vom Betreibungsamt verlangen, dass ungerechtfertigte Forderungen nicht mehr auf Registerauszügen erscheinen. Dazu haben sie aber nur ein Jahr Zeit. So hat das Bundesgericht kürzlich entschieden.

In der Schweiz kann jeder jeden betreiben. Kein Betreibungsamt prüft, ob eine Forderung berechtigt ist. Ein Zahlungsbefehl sagt also nichts darüber aus, ob jemand wirklich einem anderen Geld schuldet. Deshalb kann man Betreibungen einfach per Rechtsvorschlag stoppen – eine Unterschrift des Betriebenen auf dem Zahlungsbefehl reicht dazu.

Will der Auslöser des Zahlungsbefehls die Betreibung danach weiterziehen, muss er beim Gericht die Beseitigung des Rechtsvorschlags verlangen. Dafür hat der Gläubiger ein Jahr nach Zustellung des Zahlungsbefehls Zeit. Danach kann er die Betreibung nicht mehr fortsetzen. Trotzdem bleibt die Betreibung fünf Jahre lang im Betreibungsregister eingetragen und kann von jedem Interessierten eingesehen werden.

Löschungsgesuch nach drei Monaten

Immerhin: Seit einer Gesetzesänderung von 2019 können sich Betriebe einfacher gegen ungerechtfertigte Einträge wehren. Erhebt ein Betroffener gegen eine Betreibung Rechtsvor-

schlag, kann er drei Monate später vom Betreibungsamt verlangen, dass es die Betreibung nicht mehr bekannt gibt. Das ist nach Gesetz aber nur möglich, wenn der Gläubiger in der Zwischenzeit kein Verfahren zur Beseitigung des Rechtsvorschlags eingeleitet hat. Zwei Fragen lässt das Gesetz jedoch offen, nämlich

- ob das Gleiche gilt, wenn der Gläubiger die Betreibung weiterzieht, aber vor Gericht unterliegt, und
- wie lange der Betriebene die Nichtbekanntgabe der Betreibung verlangen kann.

Beide Fragen hat das Bundesgericht jetzt dank der K-Tipp-Leserin Franziska Crivelli beantwortet – allerdings zum Nachteil der Schuldner. Crivelli wurde nach ihrem Umzug von Maur ZH nach Zumikon ZH im Juni 2018 von einer Umzugsfirma zu Unrecht betrieben. Die Zürcherin stoppte die Betreibung mit Rechtsvorschlag. Die Umzugsfirma leitete ein Rechtsöffnungsverfahren zur Beseitigung des Rechtsvorschlags ein, unterlag aber. Danach unternahm die Firma nichts mehr.

Anfang 2019 verlangte Crivelli vom Betreibungsamt Künsnacht-Zollikon-

Zumikon, die Betreibung Dritten nicht mehr bekannt zu geben.

Das Amt und später das Bundesgericht lehnten das Gesuch ab. Nur Betreibungen, bei denen der Gläubiger nach Zustellung des Zahlungsbefehls und Erhebung des Rechtsvorschlags untätig geblieben sei, sollen nicht bekannt gegeben werden. Es spiele keine Rolle, ob der Gläubiger vor Gericht gewinne oder verliere, urteilte das Bundesgericht Ende Juni 2020 (Urteil 147 III 41, K-Tipp 13/2020).

Lapidare Begründung des Bundesgerichts

Das Bundesgericht sagte in seinem Urteil nichts dazu, was nach Ablauf eines Jahres gilt, wenn der Gläubiger die Betreibung nicht mehr fortsetzen kann. Franziska Crivelli verlangte vom Betreibungsamt erneut die Nichtbekanntgabe der Betreibung. Das Amt und später das Bundesgericht lehnten erneut ab. Lapidare Begründung der Richter: «Weder der Wortlaut noch die Entstehungsgeschichte der neuen Norm lassen den Schluss zu, dass der Schuldner nach Ablauf eines Jahres noch ein Gesuch um Nichtbekanntgabe stellen kann» (Urteil 5A_927/2020 vom 23.8.2021).

Jurist Artur Terekhov hat Crivelli vertreten. Er ist mit dem Entscheid des Bundes-

gericht: n die Schuldner

Bundesgerichts zum Betreibungsregister



DOMINIQUE SCHÜTZ

Franziska Crivelli: Wehrte sich gegen ungerechtfertigten Betreibungsregistereintrag

gerichts nicht einverstanden: «Weder der Wortlaut noch die Entstehungsgeschichte schliessen die Möglichkeit aus, ein Gesuch auf Löschung des Registereintrags auch nach einem Jahr noch zu stellen. Das Urteil des Bundesgerichts ist unverständlich.»

Der Entscheid wird auch von anderen Rechtsexper-

ten kritisiert: «Es entbehrt jeglicher Logik, dass ein Gesuch nach einem Jahr nicht mehr möglich sein soll. Hier hat das Bundesgericht gepfuscht», sagt ein Jurist, der in das damalige Gesetzgebungsverfahren involviert war.

Ähnlich äussert sich der Aargauer GLP-Nationalrat Beat Flach, der damals in

der Rechtskommission des Nationalrates sass: «Es war nie die Absicht, dass der Betriebene nur ein Jahr Zeit haben soll, ein Gesuch zu stellen. Ich verstehe nicht, wie das Bundesgericht auf diese Befristung kam.» Flach will den Entscheid des Bundesgerichts in der Rechtskommission thematisieren. Michael Krampf

Registereintrag bleibt nach Bezahlung ersichtlich

Ende Juli entschied das Bundesgericht in einem anderen Fall, dass ein Gesuch um Nichtbekanntgabe einer Betreibung nicht mehr möglich ist, wenn der Betriebene die Forderung nach der Einleitung der Betreibung beglichen hat. Ein Mann aus Zürich hatte vergeblich

verlangt, dass seine nach der Betreibung bezahlten Steuerschulden im Registerauszug nicht mehr erscheinen (K-Tipp 14/2021, Urteil 5A_701/2020 vom 23. Juli 2021).

Auch der Ständerat hat kein Gehör für Betriebene, die ihre Schulden bezahlt haben: Ende Mai lehnte er

die Motion «Automatische Löschung einer getilgten betriebenen Forderung» von Michaël Buffat ab. Der Waadtländer SVP-Nationalrat hatte gefordert, dass eine betriebene und vom Schuldner bezahlte Forderung automatisch aus dem Betreibungsregister gelöscht wird.



Kein offenes Ohr bei den SBB

Zahlreiche Zugpassagiere sind mit dem Service der SBB unzufrieden. Diese ignorieren die Einträge auf der Beschwerdeplattform des K-Tipp.

Elisa Jenni (alle Namen geändert) aus Zürich und ihre drei Kinder reisten Ende Juli mit dem Zug von Zürich nach Celerina GR. Sie löste am Automaten die Bahntickets für alle vier sowie für zwei Kindervelos. Als die Familie im Hauptbahnhof Zürich den Intercity nach Landquart GR bestieg, verwies der Zugbegleiter sie schroff aus dem Zug. Grund: Die Familie hätte für die Velos eine Reservation benötigt. Auf Reklamation.ch ärgert sich Jenni: «Es hatte weder am Zug noch am Automaten oder auf der Anzeigetafel einen Hinweis auf die obligatorische Veloreservation.» Die Reise zum Ferienort dauerte schliesslich fünfeinhalb statt der geplanten drei Stunden.

Auch der Zuger Armin Lüthi ist von den SBB enttäuscht: Ende August fuhren er und seine Frau mit dem IC 8 von Visp VS nach Zürich. Diese Verbindung verfügt normalerweise über einen Speisewagen. Dort wollten sich Lüthi's verpflegen. Sie hatten Plätze reserviert – doch der Speisewagen fehlte. Statt Speis und Trank gab es Hektik und Gedränge.

Der Zürcher Severin Iten ärgert sich über die Kündigungsbedingungen des Generalabonnements: Er teilte den SBB mit, er werde auswandern. «Das Handyabo, die Krankenkasse oder die Rechtsschutzversicherung konnte ich ohne Probleme fristlos kündigen», schreibt er auf Reklamation.ch. Die Zuständigen hätten Auswandern ohne Wenn und Aber als Grund akzeptiert. Bei den SBB hingegen musste Iten die Kündigungsfrist einhalten und knapp zwei Monate weiterzahlen. Was ihn zusätzlich stört: Die SBB liessen seine Beschwerden unbeantwortet.

Auf Anfrage des K-Tipp schreibt Sprecher Daniele Pallecchi, die SBB würden Reklamationen nur über den eigenen Kundendienst entgegennehmen. (bw)

So funktioniert Reklamation.ch

Konsumenten deponieren eine Beschwerde, die betroffene Firma kann darauf individuell reagieren – und der Kunde bewertet dann den Service.